

Delegierten- und Mitgliederversammlung der EDU Schweiz vom 14. April 2012 in Aarau

Ja zur Bauspar- und AUNS-Initiative, Nein zu Managed Care

Die Delegierten der EDU Schweiz haben heute Samstag in Aarau die Parolen zu den Abstimmungsvorlagen vom 17. Juni 2012 beschlossen. Sie sagten Ja zur Volksinitiative "Eigene vier Wände dank Bausparen" und zur Volksinitiative "Für die Stärkung der Volksrechte in der Aussenpolitik (Staatsverträge vors Volk!)". Die Managed-Care-Vorlage lehnten sie ab. Am Nachmittag standen die statutarischen Geschäfte auf dem Programm.

Nach dem Grusswort von Roland Haldimann, Kantonspräsident der EDU Kanton Aargau und dem Kurzwort von Karl Lachmayer – wir sollen Hörer und Täter sein – fassten die Delegierten die EDU-Parolen zu den Vorlagen vom 17. Juni 2012.

Volksinitiative "Eigene vier Wände dank Bausparen"

Für die Initiative machte sich Pavlo Stathakis vom Hauseigentümerverband der Schweiz stark. Die Wohneigentumsquote in der Schweiz sei mit 39 % im europäischen Vergleich sehr tief. Erfahrungen aus dem Basel-Land zeigten, dass das Bausparen vor allem vom Mittelstand genützt werde. Dies entspreche, auf die Schweiz bezogen, rund 1,2 Mio. Haushalte. Die Vorlage sei moderat, aufs Bausparen beschränkt und stärke das Eigenkapital und die Altersvorsorge. Dem entgegnete a. NR Markus Wäfler, dass keine rückwirkende Besteuerung vorgesehen sei und es ein Eingriff in die kantonale Steuerhoheit sei. Die Delegierten beschlossen mit 42 zu 19 Stimmen die Ja-Parole zur Bausparinitiative II.

Volksinitiative "Für die Stärkung der Volksrechte in der Aussenpolitik (Staatsverträge vors Volk!)" Pro-Referent Werner Gartenmann, Geschäftsführer der AUNS, wies auf den Wert der demokratischen Mitsprache hin. Ein schleichender EU-Beitritt sei immer mehr Tatsache, und hier gelte es den Riegel zu schieben. Der kleine Mann soll nicht mehr mitreden, dafür nur noch zahlen. Es gelte, die Volksrechte zu stärken! Anschliessend warb a. Nationalrat NR Christian Waber für ein Nein zur AUNS-Initiative, da sie zu weit gehe und zu wenig präzise formuliert sei. Die Bundesverfassung decke mit dem obligatorischen und fakultativen Referendum das Anliegen der Initiative bereits genügend ab. Die EDU-Delegierten fassten mit 64 zu 6 Stimmen die Ja-Parole zur Volksinitiative "Staatsverträge vors Volk."

Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) (Managed Care)

Pro-Referent Dr. med. Daniel Beutler erläutert, dass diese Vorlage das Angebot, die Nachfrage und die Krankenkassen miteinander verknüpfe, ohne das Solidaritätsprinzip zu verletzen. Vorteile wären unter anderem die Selbstkontrolle innerhalb des Netzwerkes sowie die gut koordinierte Behandlungskette. Dem hielt Dr. med. D. Bracher, Präsident Vereinigung für freie Arztwahl, Gümligen, folgende Argumente entgegen: Die Managed-Care-Vorlage sei überflüssig und irreführend, da es hier nur um die obligatorische Budgetmitverantwortung gehe. Die Vorlage sei gegen die Hausarztmodelle, die Telemedizin und die integrierten Netze. Das neue Gesetz sei eine verdeckte Rationierung, erzwungen im planwirtschaftlichen Geist. Die EDU beschloss mit 33 zu 16 Stimmen die Nein-Parole zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung (Managed Care).

Die eidgenössische Volksinitiative „Schutz vor Sexualisierung im Kindergarten und Primarschule“ ist bald startklar. Die Delegierten der EDU Schweiz stellen die Entscheidung über die Unterstützung oder Ablehnung zurück und entscheiden an der nächsten Delegiertenversammlung vom 18. August darüber.

Mitgliederversammlung: Jahresrechnung, Budget und Jahresbericht des Präsidenten wurden einstimmig genehmigt. Aus der Geschäftsleitung wurden a. NR Andreas Brönnimann, a. NR Markus Wäfler und José Lorente verabschiedet. Für den 8. September ist eine ausserordentliche Mitgliederversammlung geplant, an welcher Anpassungen der EDU-Statuten auf dem Programm stehen im Zusammenhang mit der Neustrukturierung der EDU-Gremien. -

Aarau, 14. April 2012/hs

Für Auskünfte:

Hans Moser, Präsident EDU Schweiz, 079 610 42 37

Alt Nationalrat Christian Waber, 079 411 00 30

Alt Nationalrat Markus Wäfler, 079 331 58 79

Alt Nationalrat Andreas Brönnimann, 079 356 29 70